

Ein realistischer Weg zum Frieden – die „Genfer Initiative“

von Reiner Bernstein¹

Friede sei das Gegenteil von Sicherheit, haben wir von Martin Stöhr im Vortrag über die politische Philosophie von Dietrich Bonhoeffer gehört. Sehen wir von der Frage ab, welche Gemeinsamkeiten der deutsche Blick Bonhoeffers und die nach eigenen Regeln ablaufende Dramatik in den Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Palästina sowie Israelis, Palästinensern und Arabern nach dem Zweiten Weltkrieg haben, so steht auch im Nahen Osten die Alternative „Frieden durch Sicherheit“ oder „Sicherheit durch Frieden“ auf der Tagesordnung.

Wenn Israelis und Palästinenser etwas aus dem einseitigen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen im Sommer 2006 und Israels Krieg gegen die „Partei Gottes“ („Hisbollah“) im Libanon ein Jahr später lernen sollten, dann die Einsicht, dass die Formel „Frieden durch Sicherheit“ endgültig gescheitert ist. Nach dem bekannten Satz von David Ben-Gurion aus dem Jahr 1919, dass der Konflikt unlösbar sei, hätte die zionistische Bewegung im britischen Mandatsgebiet verstehen können, dass sich der Große Arabische Aufstand zwischen 1936 und 1939 zwar niederschlagen lasse, ohne damit die Dauerkrise zwischen beiden Bevölkerungsgruppen zu beenden. Die zionistische Seite ging jedenfalls dazu über, sich endgültig von jeglicher Zusammenarbeit mit der arabischen Bevölkerung zu verabschieden, und die unversöhnliche unfähige arabische Führung musste in den Untergrund ausweichen – der Mufti von Jerusalem Amin el-Husseini suchte sogar bei Hitler Unterstützung für sein Ziel, die Juden aus Palästina zu vertreiben. Die Briten und die in die Unabhängigkeit entlassenen arabischen Staaten ihrerseits sorgten dafür, dass die arabische Bevölkerung Palästinas führungslos in das Entscheidungsjahr 1947/48 entlassen wurde.

Desto mehr machten radikale Gruppen im Lande durch Gewalt- und Terrorakte von sich reden. Auch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als Dachverband des Widerstandes wäre erfolglos geblieben, hätte sie auf den Slogan vom bewaffneten Kampf gegen den „zionistischen Feind“ verzichtet. So verfielen sich beide Seiten zumal nach den israelischen Eroberungen im Junikrieg 1967 in einer ununterbrochenen Abfolge der Destruktion – auf der einen Seite durch die völkerrechtswidrigen Interaktionen in der Westbank, im arabischen Teil Jerusalems und im Gazastreifen, auf der anderen Seite durch Grenzübergriffe, Anschläge und Selbstmordattentate, in einem Satz: Die Unebenbürtigkeit der Mittel im Kampf gegeneinander ist im Konflikt tief verankert und unterscheidet sich grundlegend vom Charakter der zwischenstaatlichen Beziehungen im Nahen Osten. Daran haben weder UN-Resolutionen noch Friedenspläne etwas geändert.

Es wird noch seine Zeit dauern, bis sich diese zerstörerischen Beziehungen erledigt haben. Zu den Voraussetzungen ihrer Überwindung gehört in beiden Gesellschaften die Aufarbeitung der unterschiedlichen Narrative, so etwa:

¹ Vortrag am 14.4.2007 bei der Jahrestagung „Wir wissen nicht, was wir tun sollen“ (2. Chronik 20,12) des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins in Zusammenarbeit mit der Martin-Niemöller-Stiftung und dem Arbeitskreis „Kirche und Israel“ in Hessen und Nassau in der Ev. Akademie Arnoldshain.

1. Welche Rückwirkungen hatte der Holocaust in Europa auf die Staatsgründung Israels, und welche Rolle spielte dabei die Entstehung des palästinensischen Flüchtlingsproblems? Hier muss die Andeutung genügen, dass der zum „Friedensbund“ („Brit Shalom“) um Martin Buber gehörende geschäftsführende Vizepräsident der Hebräischen Universität in Jerusalem, Werner Senator, Ende 1944 schrieb: „Wenn ich die Katastrophe von fünf Millionen Juden und den Transfer von einer Million Arabern [aus Palästina] gegeneinander abwäge, dann erkläre ich klaren und leichten Gewissens, dass sogar drastischere Aktionen vertretbar gewesen wären.“ Solche „Umsiedlungsphantasien“ waren auch im arabisch-palästinensischen Denkgang und gäbe – vom Mufti über die PLO-Charta von 1968 bis zur Charta der Islamischen Widerstandsbewegung („Hamas“) zwanzig Jahre später.

2. War der politische Zionismus von Grund auf ein imperialistisch-koloniales Projekt, und wie kommt es dann, dass die damalige Sowjetunion den UN-Teilungsplan von 1947 zustimmte und den Staat Israel noch vor den USA diplomatisch anerkannte sowie durch massive Waffenlieferungen via Tschechoslowakei und Polen für sein Überleben sorgte?

3. Nach dem Scheitern eines Staates Palästina nach 1948 am arabischen Widerstand und nach dem Widerruf der jordanischen Annexion der Westbank durch König Hussein Ende Juli 1988 –: Was wären die Alternativen zur Gründung eines Staates Palästina?

4. Lätete der Sechstagekrieg das Ende des säkularen Nationalismus ein, der in Israel die Siedlungspolitik begründete und unter den Palästinensern „Hamas“ als treibende Kraft förderte und in beiden Fällen die Politik der Regierenden belastet? Lässt sich der Primat der Politik gegenüber den religiös fundamentalistischen Aufladungen wiederherstellen?

5. Woran liegt es, dass sämtliche internationalen Friedensbemühungen bislang gescheitert sind? Auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen: Wie ist zu beurteilen, dass Wolfgang Huber im April 2007 beim Besuch der EKD-Delegation im „Heiligen Land“ für die Evangelische Kirche eine Dolmetscherrolle „zur Versöhnung und Verständigung“ zwischen Israelis und Palästinensern reklamierte, wenn er gleichzeitig die Gedenkstätte Yad vaShem als „unser Tor nach Israel“ bezeichnete und sich damit begnügte, die humanitäre Lage der Palästinenser zu beklagen, also ein Wort zur Errichtung eines souveränen und lebensfähigen Staates Palästina vermied? Der kalte Empfang des EU-Parlamentspräsidenten Hans-Gert Pöttering Ende Mai 2007 in der Knesset hat einmal mehr gezeigt, mit welcher Geringschätzung selbst europäische Politiker von Rang rechnen müssen, wenn sie auch nur höchst vorsichtig die israelische Politik auf die Achtung der Menschenrechte in den palästinensischen Gebieten ansprechen.

6. Schließlich: Warum ist in diesem Dauerkonflikt die Goldene Regel des Gebens und Nehmens in der politischen Diplomatie kontinuierlich vernachlässigt worden? So glauben nach einer neueren Umfrage mehr als sechzig Prozent aller Israelis daran, dass die Palästinenser ihren Staat zwischen Mittelmeer und Jordan errichten, also Israel auslöschen wollen. Ist unter solchen Bedingungen des Misstrauens, zu dem die Palästinenser genügend Anlass hätten, Frieden überhaupt möglich, und wie wäre ein solcher auszugestalten?

Erste Ansätze sind erkennbar, die Gegensätze und Widersprüche in den Wahrnehmungen beider Völker zu thematisieren. Ich empfehle dazu vor allem die Bücher von Shlomo Ben-Ami „Scars of War, Wounds of Peace“ (Oxford–New York 2006) und von Rashid Khalidi „Iron Cage“ (Boston 2006). Hier kommen zum ersten Mal von Seiten des früheren israelischen Außenministers und eines führenden palästinensischen Historikers die grundlegenden Schwächen, Fehler und Mängel der eigenen Politik offen zur Sprache.

Damit zeichnet sich noch kein „neuer Naher Osten“ ab. Doch wenn wir die strategische Erklärung der Arabischen Gipfelkonferenz vom März 2002 in Beirut und ihre Bestätigung genau fünf Jahre später im saudischen Riyadh hinzunehmen, in denen der Staat Israel erstmals unter der Bedingung der Zweistaatenlösung auf der „Grünen Linie“ zwischen 1949 und 1967, der Etablierung der Hauptstadt Palästinas im arabischen Teil Jerusalems und einer vereinbarten Regelung des Flüchtlingsproblems willkommen geheißen wird, dann ist eine politische Dynamik in Gang gekommen, die zu mehreren Interpretationen einlädt:

– Israels Regierung wird sich, in welcher Konstellation auch immer, auf Dauer der Formel „Sicherheit durch Frieden“ nicht entziehen können. Fast siebzig Prozent der Israelis fürchten gegenwärtig künftige Verhandlungen, denn in ihrem Mittelpunkt werden der Verzicht auf die Blockade des Gazastreifens, auf die Herrschaft über 2,5 Millionen Palästinenser in der Westbank und in Jerusalem sowie auf den Anspruch als führende Militärmacht in der Region gehören. Letzterer könnte Israel durch die Neutralisierung der atomaren Optionen Irans erleichtert werden.

– Nachdem die westlichen Sanktionen „ Hamas“ nicht aus der palästinensischen Regierung vertrieben haben, kommt es mehr denn je darauf an, den islamischen Widerstand in die politische Verantwortung zu nehmen. Dabei müssen seine Repräsentanten verstehen lernen, dass jeder „Qassam“-Beschuss und jeder Selbstmordanschlag die Vision von einem Staat Palästina in immer weitere Ferne rückt. Erste positive Schritte des Umdenkens deuten sich an.

– Nach dem Scheitern der Osloer Vereinbarungen und der Gipfelkonferenz in Camp David im Juli 2000, nach dem dramatischen Verlust der politischen Autorität Washingtons in der arabischen Welt sowie nach dem Versagen der „Road Map“ des internationalen Quartetts aus USA, EU, Russland und dem UN-Generalsekretariat schickt sich die Klärung des israelisch-palästinensischen Konflikt an, in die Region zurückzukehren, auch wenn endgültige Erfolge ohne westliche Hilfestellungen nicht möglich sein werden.

– Hatten die Erklärungen von Beirut und Riyadh die Prinzipien des Friedens und der Sicherheit genannt, so bleibt der Entwurf der „Genfer Initiative“ vom Dezember 2003 das zumindest vorerst wichtigste Dokument für die politische Zukunft beider Völker. Es postuliert nicht nur die gegenseitige Anerkennung beider Völker auf der Grundlage der nationalen Ebenbürtigkeit, sondern die Detaillierung seiner Regelungsvorschläge legt die politisch Verantwortlichen auf die Einlösung ihrer inflationär wiederholten Zusagen für alle zentralen Probleme fest. Die israelischen und palästinensischen Verfasser dieses Entwurfs – Politiker, Militärs, Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute und Intellektuelle – haben zu Recht behauptet, dass wesentliche Teile eines künftigen Friedensvertrages im Text der „Genfer Initiative“ vorgegeben seien. Daran sollten sich auch die Abgeordneten des Bundestages

erinnern, die dieses Dokument in zwei Entschlüssen begrüßt haben, ohne dass die Bundesregierung daraus operative Konsequenzen zog.

Wenn es der Westen mit dem „Friedensprozess“ ernst meint, wird er diesem zentralen Konflikt in der Region erheblich größere Aufmerksamkeit widmen und das Gewicht jener Kräfte in beiden Gesellschaften stärken müssen, die von ihren Regierungen einen Kurs des Ausgleichs und der Versöhnung verlangen. Dazu gehört zuallererst das Ende der westlichen doppelten Bewertungsmaßstäbe. Im Nachwort zu meinem Buch über die „Genfer Initiative“ hat der Leiter des israelischen Teams Yossi Beilin geschrieben: „Ich habe meinen deutschen Gesprächspartnern oft gesagt, dass wahre Freundschaft nicht blinde Unterstützung und diplomatische Hängepartien auf dem Rücken dessen, was Israel auch immer tut, bedeuten darf. Sie muss statt dessen eine klarsichtige Vision und einen offenen Meinungsaustausch über Israels beste dauerhafte Interessen einschließen, die nach allen Erfahrungen die Interessen des Friedens sind.“

Literatur:

Reiner Bernstein: Von Gaza nach Genf. Die Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern. Schwalbach/Ts. 2006.

Homepage www.genfer-initiative.de.